

## Unverdummt im Osten

Kolumne: „Auf den Grund kommt es an“, FR-Meinung vom 3. Juli

Michael Herl regt an, mal nachzudenken, was den Menschen im Osten wirklich fehlt. Sie wollen nicht verdummt werden durch „das neue System Kapitalismus, das die Menschen noch gleicher macht, als jede Form des Kommunismus es jemals vermochte“. Dazu las ich gerade in Jenny Erpenbecks „Kairos“: Katharina erfüllt sich nach der „Wende“ einen Herzenswunsch und fährt nach Venedig. Bei der Rückkehr nach Ost-Berlin begrüßt ihre Mutter sie: „Endlich wieder zu Hause.“ Sie aber fragt sich: „Zu Hause?“ Sie sieht Coca Cola jetzt auch in der Osthälfte des Bahnhofs Friedrichstraße, in Pankow in dem kleinen Lebensmittelladen, in dem sie immer einkaufen geht, nicht anders als in New York oder München.

Und Erpenbeck: „Coca Cola hat erreicht, was die marxistische Philosophie nicht erreicht hat, sie hat die Proletarier unter ihrem Zeichen vereint.“ Ist es das, was die Menschen im Osten wollten? Und wir im Westen wollen?

Gregor Böckermann, Neu-Isenburg

## Humorvoll kopiert

Beatles: „Scharreng!“, FR-Feuilleton vom 9. Juli

Als langjähriger Tonstudiobesitzer glaube ich, dass ich eine plausible Erklärung für den Anfangsakkord von „A Hard Day's Night“ bieten kann als die interessantesten Spekulationen von Thomas Stillbauer: Es war ein Kollateralschaden! Die Gitarre steht spielbereit im Ständer, Mikrofon ist vor dem Verstärker, Band läuft, da rumpelt einer aus Versehen gegen die Gitarre, die fällt um und heraus kommt – Scharreng. Ein Asus7/9-Akkord, den sich auch die genialen Beatles wohl nicht ausgedacht haben, sondern humorvoll an den Anfang des Liedes kopiert haben. Hanns Thomas Schwarzmann, Nürnberg

## Wir brauchen die Organe

Zur: „Bundesrat schlägt Organspende-Reform vor“, FR-Politik vom 6. Juli

Wir Christen glauben an die Auferstehung Jesu Christi und bitten Gott um unsere Auferstehung! Wir haben dann unsere Organe selber nötig. Meine Idee nach der Entnahme des erkrankten Organes: durch Neurochirurgie das fehlende Organ in corpo nachwachsen lassen. Göttliche Einfalt? Nicht Patienten schaffen, um heilen zu können. Gesundheit ist kostengünstiger, dann ist man Arzt statt Mediziner!

Otto Hollenberg, Königswinter

## Diese Wahlen waren strukturell undemokratisch

Vereinigtes Königreich: „Labours Erdrutschsieg“ und „Starmer lässt hoffen“, FR-Titel und -Meinung vom 6. Juli

### Schuld ist das britische Mehrheitswahlrecht

So glorreich wie die Überschriften vermitteln wollen, war der Sieg Labours nicht. Er ist dem völligen Versagen der britischen Konservativen nach 14 Jahren Regierung geschuldet. Bei einer historisch niedrigen Wahlbeteiligung von nur 60 Prozent wird deutlich, dass 40 Prozent der Wählerschaft in der tiefgespaltenen britischen Klassen-Gesellschaft alle parlamentarischen Hoffnungen haben fahren lassen. Die riesige Mehrheit (an Parlamentssitzen) für Labour ist dem britischen Mehrheitswahlrecht geschuldet. Hätten wir in Deutschland ein Mehrheitswahlrecht, würden bei knapp 34 Prozent der AfD in den ostdeutschen Bundesländern auch „Erdrutschsieg“ ins Haus stehen?

Starmer verlor in seinem Wahlkreis die Hälfte der Wählerstimmen. Hier war der linke unabhängige Kandidat Feinstein angetreten. Wohingegen der aus der Partei ausgeschlossene Ex-Labour Chef Corbyn im Londoner Nachbarwahlkreis als „Unabhängiger“ in das Unterhaus als Sieger ziehen konnte. Das ist auffällig: 27 „Unabhängige“ haben es gegen die Kandidaten der etablierten Parteien ins Parlament geschafft.

Wenn Labour nicht für die teils völlig verarmten Millionen Menschen auf der Insel vernünftige Sozialleistungen (Bildung, Gesundheitswesen, ÖPNV etc.) organisiert, wird dem Aufstieg der extremen Rechten auch in Großbritannien der Weg geebnet. Meine einzige Freude: Großbritannien hat der arroganten konservativen Partei die schwerste Niederlage ihrer Geschichte zuge-



Keir Starmer (Labour), Gewinner der Unterhauswahl im Vereinigten Königreich, bei einem seiner ersten Auftritte danach.

AFP

fügt. Die deutsche Schwesterpartei SPD sollte sich – mit Blick auf den Labour-„Erfolg“ – hüten, mit „fremden Muskeln“ anzugeben. Sie hat ihr mieses EU-Wahlergebnis von 13,9 Prozent noch längst nicht be- und verarbeitet.

Thomas Ewald, Nidderau

### Kaum jemand beschwert sich

Die Zahlen in der Grafik der Frankfurter Rundschau zu den englischen Parlamentswahlen

zeigen deutlich den manipulativen Charakter des Mehrheitswahlrechts.

Der „Erdrutsch“ für Labour wurde ausgelöst durch einen mäßigen Stimmenanstieg von 32,1 Prozent auf 33,8 Prozent. Diese 1,7 Prozentpunkte ließen die Anzahl der Parlamentssitze von 214 auf 412 in die Höhe schnellen; die 198 zusätzlichen Abgeordneten besetzen also 30,4 Prozent der 650 Parlamentssitze. Insgesamt werden 33,8 Prozent der Wähler durch

63,4 Prozent der Parlamentarier repräsentiert. Labour beherrscht also mit einem Drittel der Stimmen rund zwei Drittel des Parlaments. Umgekehrt erhält eine kleinere Partei mit 14,3 Prozent Stimmenanteil (Anstieg um 12,3 Prozentpunkte, also eine Versechsfachung) ganze fünf Sitze; das entspricht 0,8 Prozent.

Das Verwunderliche ist, dass sich kaum jemand im Königreich über diese strukturell undemokratische Mogelpackung „Wahlen“ beschwert.

Rolf Oesterlein, Nieder-Olm

### Das Vereinigte Königreich ist mehr als Großbritannien

Ich finde es ein wenig traurig, wenn große Medien so wesentliche Begriffe falsch verwenden. Großbritannien ist eine Insel. Sie beheimatet England, Schottland und Wales. Das Vereinigte Königreich – United Kingdom (UK) – besteht aus Großbritannien und Nordirland und ist einer der Staaten dieser Erde. Genau dort waren Wahlen.

In Eurer Berichterstattung wird Großbritannien erwähnt. Das ist schade. Das Vereinigte Königreich ist nicht gleich Großbritannien.

Thomas Stelne, Pressbaum (A)

### Das Engagement lohnt sich

Die Wahlen in England und Frankreich haben gezeigt: Es lohnt sich gegen Rechtspopulisten zu engagieren und nationalistische Scheinlösungen zu entlarven.

Kurt Lennartz, Aachen

Diskussion: [frblog.de/rechtsruck-2](https://frblog.de/rechtsruck-2)

## „Unerschütterliches Recht“

Nahost: „Freiheitssehnsucht oder Judenhass?“, FR-Politik vom 9. Juli

Das Bundesinnenministerium hat die Parole „From the river to the sea – Palestine will be free“ verboten. Frau Rüssmann zitiert Historiker, die die Parole für mehrdeutig und nicht von vornherein für antisemitisch halten. Sie nennt Gerichte, die in jüngster Zeit ähnlich geurteilt haben. Leider fehlt im Artikel der Hinweis darauf, dass die Parole auch von israelischer Seite benutzt wurde und wird. Frühe Zionisten und der Gründer des Likud, Menachem Begin, haben ein „Eretz Israel“ mindestens vom Jordan bis zum Mittelmeer gefordert, die Siedlerbewegung fordert das seit langem ebenfalls.

Die Ende 2022 gebildete Regierung Netanjahu stellt in ihrem Programm – in Anlehnung an dasjenige des Likud von 1973 – fest: „Das jüdische Volk hat ein exklusives und unerschütterliches Recht auf alle Gebiete von Eretz Israel. Die Regierung wird fördern und entwickeln die Besiedlung in allen Teilen Eretz Israels, in Galiläa, im Negev, auf dem Golan, in Judäa und Samaria.“ Mit Judäa und Samaria ist nach offizieller Lesart die Westbank gemeint.

Vor Kurzem bezichtigte der frühere israelische Außen- und heutige Energieminister Eli Cohen auf der Plattform X die Regierungen Spaniens, Irlands und Norwegens, mit der Anerkennung Palästinas als Staat den Terrorismus der Hamas zu belohnen – und schloss mit den Worten: „From the river to the sea, there will be one state: The State of Israel.“

Dass die Parole von israelischer Seite keinen utopischen Wunsch, sondern reale Politik artikuliert, zeigt die Siedlungspolitik: Seit dem Sechs-Tage-Krieg von 1967 hält Israel das Westjordanland besetzt und dort völkerrechtswidrig 517.000 Menschen angesiedelt. Weiterhin werden ständig neue Siedlungen genehmigt und illegale toleriert.

Im Schatten des Gaza-Krieges wurden im Westjordanland seit dem 7. Oktober 2023 412 Menschen von Siedlern und der israelischen Armee getötet. Die Enteignung von palästinensischem Land und die Zerstörung ihrer Häuser und Olivenhaine gehen intensiver als zuvor weiter.

Matthias Plieninger, Hamburg

## Biden sollte Platz machen

US-Wahlkampf: „Der wehrlose Boxer“, FR-Meinung vom 29. Juni

Ja, es ist eine Tragödie. US-Präsident Joe Biden wirkte im TV-Duell gebrechlich und zerbrechlich. Linksliberale Amerikaner sind angesichts dieser Situation bemitleidenswert. Es wäre notwendig gewesen, angesichts der in diesem Jahr zu Ende gehenden Amtszeit der gespaltenen Nation den Stempel der Demokraten aufzudrücken. Hiervon hätten die Rechte von Minderheiten, die Abtreibungsproblematik und generell die Sozialpolitik betroffen sein müssen. Biden ist auch der Garant der transatlantischen Partnerschaft, die ein Nachfolger Donald Trump wohl zerstören würde. Die Gesellschaftspolitik der Vereinigten Staaten sehnt sich gerade nach einer wertebasierten Politik, die die bestehenden Ungerechtigkeiten wenn schon nicht abschaffen, dann zumindest minimieren würde.

Bidens Auftritt war substanziell nicht schlecht, wird aber in den USA nach seiner Performance beurteilt. Und die war zum Himmel schreiend. Biden sollte, womit er vom Land großen Schaden fernhalten würde, die staatsmännische Größe besitzen und nach einem unverbrauchten

Kandidaten suchen, der die Demokraten in Vorteil vor Trump bringen sollte. Ich bin überzeugt davon, dass, wie die New York Times schreibt, dieser großzügige Schritt von den Wählerinnen und Wählern honoriert werden sollte. Biden würde in die Geschichte eingehen als ein Präsident, der zum Wohl der USA und zum Schutz vor Trump sein eigenes Amt opferte und die Tür öffnete für einen Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, dem es um das Wohl der Nation und um die Menschen geht.

Trump, das kann eigentlich in den USA jeder zur Kenntnis nehmen, der es will, wird die USA und die ganze Welt in eine katastrophale Situation treiben, die darauf hinausläuft, dass die positiven Werte der USA mit Füßen getreten werden. Machen wir uns also nichts vor. Die Gefahr der Verlotterung der Demokratie der USA, ja sogar bürgerkriegsähnliche Zustände, ist bei Trumps Wahlsieg durchaus möglich. Die sogenannte freie Welt sollte darauf vorbereitet sein, dass nach dem 5. November ein schlimmes Schicksal auf sie zukommen könnte.

Manfred Kirsch, Neuwied